

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2012

Inhalt

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| Neuigkeiten aus der COFACE | 2 |
| Expertentreffen „Schulabbrecher“ und „Frühkindliche Bildung“ | 2 |
| COFACE-Konferenz „Reconciling Work and Care responsibilities“ | 2 |
| COFACE fordert das Ende der Diskriminierung in der Kreditvergabe | 2 |
| COFACE kritisiert vom Europäischen Parlament verabschiedete Verordnung über Säuglingsnahrung..... | 2 |
| Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission | 3 |
| Kommission setzt sich für „Frühkindliche Bildung“ und gegen „Frühen Schulabbruch“ ein..... | 3 |
| Kommission will Mädchen für die Wissenschaft gewinnen | 3 |
| Kommission verabschiedet Bericht zur sozialen Lage und Beschäftigungssituation in der EU..... | 3 |
| Kommission macht auf EU-Hotline für vermisste Kinder aufmerksam | 4 |
| Kommission will härter gegen Menschenhandel vorgehen | 4 |
| Europäische Krankenversicherungskarte mit Smartphone-App | 4 |
| Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament | 4 |
| Parlament stimmt für Verordnung über Lebensmittel für Säuglinge..... | 4 |
| Parlament fordert weniger Bürokratie in der Freiwilligentätigkeit..... | 5 |
| Parlament fordert einen EU-Beauftragten für Menschenrechte..... | 5 |
| Konferenz der Sozialdemokratischen Fraktion des EP über Jugendarbeitslosigkeit..... | 5 |
| Parlament und Rat wollen Beipackzettel verständlicher machen | 6 |
| Weitere Nachrichten | 6 |
| Europäisches Fachgespräch zur Familienzusammenführung der AGF..... | 6 |
| Caritas Europa veröffentlicht Empfehlungen zur Überwindung von Kinderarmut | 6 |
| OECD veröffentlicht Bericht zur Anerkennung von Lehrer/innen | 6 |
| Mehrwertsteuersätze in Europa seit 2008 gestiegen..... | 7 |
| Vereinte Nationen: Babyklappen verstoßen gegen Kinderrechte | 7 |
| European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) veröffentlicht Berichte zu Rechten von Menschen mit Behinderungen | 7 |
| Europäischer Gerichtshof entscheidet im Fall von Kindergeld für Wanderarbeitnehmer/innen | 7 |
| Bevorstehende Veranstaltungen..... | 8 |

Neuigkeiten aus der COFACE

Expertentreffen „Schulabbrecher“ und „Frühkindliche Bildung“



Am 25. Juni fand ein Expertentreffen der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) zu den Themen "Schulabbrecher" und "Frühkindliche Bildung" statt. Nach einer Erläuterung von Annalisa Cannoni von der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europ. Kommission zu ihren Plänen, gaben die Teilnehmer/innen einen Überblick über den aktuellen Stand und Erkenntnissen aus ihren jeweiligen Herkunftsstaaten. Das Treffen diente auch der Vorbereitung des ersten Treffens von Organisationen, die sich auf Einladung der Europäischen Kommission mit diesen beiden Themen in den nächsten Monaten beschäftigen sollen (siehe [Meldung](#)). Die COFACE wird dort die Interessen der Familien vertreten.

COFACE-Konferenz „Reconciling Work and Care responsibilities“

Am 26. Juni veranstaltete die COFACE ihre Konferenz „Reconciling Work and Care responsibilities: a challenge for family carers“ im Europäischen Parlament. Dabei wurde die nötige Unterstützung der Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen in drei Panels diskutiert. Pflegende Familienangehörige benötigen verlässliche und systematische Unterstützung sowie zuverlässige zeitliche Ressourcen um ihre Pflegeaufgaben mit dem Berufsleben vereinbaren zu können. Mit ihrer Konferenz nutzte die COFACE außerdem die Gelegenheit, ihre Initiative für das Europäische Jahr 2014 für die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zu unterstützen.

COFACE fordert das Ende der Diskriminierung in der Kreditvergabe

In ihrem Positionspapier fordert die COFACE die europäischen Institutionen dazu auf, die Diskriminierung bestimmter Personengruppen beim Zugang zu finanziellen Leistungen (z.B. Kredite) zu beenden. Hintergrund ist, dass Faktoren wie Alter, Geschlecht und Behinderung oder ein schlechter gesundheitlicher Zustand negativen Einfluss auf den Zugang zu Finanzdienstleistungen nehmen. Die COFACE bezieht sich dabei auf die von der Europäischen Kommission 2010 durchgeführte „Study on the use of age, disability, sex, religion or belief, racial or ethnic origin and sexual orientation in financial services, in particular in the insurance and banking sectors“. Viele Familien, denen aufgrund dieser Faktoren ein hohes Risikopotential unterstellt wird, hätten Schwierigkeiten, einen Kredit zu bekommen. Somit sei es ihnen teilweise unmöglich, essentielle Bedürfnisse zu realisieren. Die COFACE spricht sich nicht per se für ein absolutes Recht auf einen Kredit aus, sondern für die Zugrundelegung universeller Prinzipien der Antragsprüfung. Dazu gehört z.B. die Bewertung von Anträgen durch eine Person und nicht durch computergesteuerte Programme. Es müsse der Grundsatz gelten, dass jedes Individuum den Anspruch auf einen Kredit erheben kann und geprüft werden sollte was zu seinen/ihren Bedürfnissen passt und wie der/die Schuldner/in den Kredit zurückzahlen kann.

- [Positionspapier der COFACE zur Beendigung der Diskriminierung in der Kreditvergabe \(englisch\)](#) 
- [Studie der Kommission zu Alter, Behinderung, Geschlecht, Religion oder Glaube, ethnischen Kriterien und sexueller Orientierung in Finanzdienstleistungen \(englisch\)](#) 

COFACE kritisiert vom Europäischen Parlament verabschiedete Verordnung über Säuglingsnahrung

Die COFACE erachtet die vom Parlament verabschiedete Verordnung über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder sowie über Lebensmittel für bestimmte medizinische Zwecke (siehe [unten](#)) als unzureichend und

fordert ein komplettes Verbot jeglicher Werbung für Säuglingsnahrung. Sie befürchtet, dass Eltern trotz der Verordnung weiterhin irreführender Werbung für Baby- und Folgemilch ausgesetzt werden. Daher fordert die COFACE, die Regeln für die Etikettierung und die Inhaltsstoffe für Babymilch sowie Lebensmittel für bestimmte medizinische Zwecke strenger zu definieren.

- [Pressemitteilung der COFACE zur Verordnung über Lebensmittel für Säuglinge \(englisch\)](#) 

Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

Kommission setzt sich für „Frühkindliche Bildung“ und gegen „Frühen Schulabbruch“ ein

Die Kommission hat am 26. Juni ein Treffen von verschiedenen Stakeholdern zur „Frühkindlichen Bildung“ und gegen „Frühen Schulabbruch“ durchgeführt, an dem auch die COFACE teilnahm. Die Stakeholder Gruppe basiert auf Entschlüssen des EU-Ministerrats vom Mai und Juni 2011.

Die Arbeit der Stakeholder Gruppe findet ihre Bedeutung auch im Zusammenhang mit dem Überwinden der aktuell überdurchschnittlich hohen Jugendarbeitslosigkeit und dem Erreichen der Europa 2020-Bildungsziele, nach denen die Schulabbrecherquote reduziert und die Zahl der Hochschulabsolvent/innen erhöht werden soll. Laut Eurostat liegt die Zahl der Schulabbrecher/innen in der EU bei 13,5% (2010: 14,1%) und 34,6% (2010: 33,5%) der 30- bis 34-jährigen haben einen Hochschulabschluss.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Bildung in Europa](#)


Kommission will Mädchen für die Wissenschaft gewinnen

Die Kommission hat die Kampagne „Science: It’s a girl thing“ für Mädchen im Alter von 13 – 18 Jahren gestartet. Vor dem Hintergrund der Unterrepräsentation von Frauen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Forschung sollen mit dem bis 2013 geförderten europäischen Programm „Frauen in Forschung und Innovation“ mehr Mädchen und junge Frauen für wissenschaftliche Studien und Laufbahnen begeistert werden. Die Kampagne ist die erste Phase des Programms, das bei Mädchen das Interesse für Naturwissenschaften wecken, Stereotypen rund um Wissenschaft abbauen und ihnen zeigen soll, dass Wissenschaft eine große Chance für ihre Zukunft sein kann. Bisher beteiligen sich sechs europäische Länder (Deutschland, Österreich, Belgien, Italien, die Niederlande und Polen) an der Initiative.

- [Informationsseite der Kommission zur Kampagne „Science: It’s a girl thing“ \(englisch\)](#)

Kommission verabschiedet Bericht zur sozialen Lage und Beschäftigungssituation in der EU

Aus dem Quartalsbericht der Kommission über die soziale Lage und Beschäftigungssituation in der EU geht hervor, dass sich die angespannte Situation des Arbeitsmarktes und der sozialen Lage in der EU weiter verschlechtert hat. Die Arbeitslosigkeit hat zugenommen und liegt EU-weit bei über 10%. Von der Zunahme sind vor allem Männer, Jugendliche, Ausländer und Personen mit geringem Bildungsstand betroffen, während Frauen und ältere Personen eine stärkere Arbeitsbeteiligung aufweisen als zuvor. Jugendliche werden am stärksten mit Unsicherheit und Arbeitsmarktsegmentierung konfrontiert und sind häufig langfristig arbeitslos.

- [Quartalsbericht der Europäischen Kommission über die soziale Lage und Beschäftigungssituation in der EU \(englisch\)](#) 

Kommission macht auf EU-Hotline für vermisste Kinder aufmerksam

Anlässlich des Ferienbeginns hat die Kommission auf die EU-Hotline für vermisste Kinder aufmerksam gemacht (Telefonnr.: 116000). Die EU-weit einheitliche, aber kaum bekannte Nummer wurde eingeführt, weil immer mehr Familien mit Kindern innerhalb der EU reisen. In 10 Mitgliedsstaaten gibt es die Nummer noch nicht, in Deutschland wurde sie 2011 freigeschaltet.

- [Pressemitteilung der Kommission zur EU-Hotline für vermisste Kinder \(englisch\)](#)
- [Europäische Website zu vermissten Kindern \(englisch\)](#)

Kommission will härter gegen Menschenhandel vorgehen

Die Kommission hat eine Fünf-Punkte-Strategie verabschiedet, mit der sie sich gegen den internationalen Menschenhandel einsetzt. Darin sind Präventions- und Schutzmaßnahmen sowie die Unterstützung der Opfer und die strafrechtliche Verfolgung der Täter/innen vorgesehen. Konkrete Maßnahmen sind u.a. die Einrichtung nationaler Strafverfolgungseinheiten, gemeinsame Europol und Eurojust-Ermittler/innen für grenzüberschreitende Verbrechen sowie Prävention im Bereich des Internets. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) schätzt, dass sich die Zahl der Opfer von Zwangsarbeit, einschließlich erzwungener sexueller Ausbeutung, weltweit auf 20,9 Millionen Menschen, darunter 5,5 Millionen Kinder beläuft. Rund 76% der in den EU-Mitgliedstaaten ermittelten Opfer werden zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung verschleppt, 14% zum Zwecke der Zwangsarbeit, 3% zur Bettelerei und 1% sind Opfer häuslicher Sklaverei. Die Strategie wird nun im Parlament und im Rat weiter erörtert.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Bekämpfung des modernen Menschenhandels](#)

Europäische Krankenversicherungskarte mit Smartphone-App

Die Kommission hat eine Smartphone-App mit Informationen zur Verwendung der Europäischen Krankenversicherungskarte im Ausland online gestellt. Mit der Karte haben Reisende Zugang zu staatlichen Gesundheitsdienstleistungen während eines temporären Aufenthalts in den 27 Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz. Die Smartphone-App beinhaltet Antworten zu Kosten, Kostenrückerstattung und Notrufnummern. Sie ist in 24 Sprachen erhältlich.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Smartphone-App für die Europäische Krankenversicherungskarte](#)
- [Zum Download der Smartphone-App für die Europäischen Krankenversicherungskarte \(englisch\)](#)

Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament

Parlament stimmt für Verordnung über Lebensmittel für Säuglinge

Das Parlament hat für eine Verordnung über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder sowie über Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke gestimmt, die derzeit geltende Rechtsvorschriften ersetzen soll. Die Verordnung soll es Verbraucher/innen erleichtern, mithilfe von Etiketten Nahrungsmittel für Babys und Kleinkinder sowie für medizinische Zwecke auszuwählen. Ziel ist, die Regelungen zur Etikettierung und zu Inhaltsstoffen künftig klarer zu definieren und zu vereinheitlichen. Konkret dürfen auf Verpackungen von Babymilch für Säuglinge bis zu 12 Monaten keine Abbildungen von Babys genutzt werden und Werbung die Nahrung nicht „idealisieren“. Weiterhin will das Parlament Lebensmittel für Menschen mit einer Glutenun-

verträglichkeit sowie für eine kalorienarme Ernährung in ihren Anwendungsbereich aufnehmen. Außerdem forderte das Parlament die Kommission auf, die Gesetzeslage für Milchzubereitungen für Kleinkinder zwischen 12 und 36 Monaten („Wachstumsmilch“) zu überprüfen und gegebenenfalls durch neue Vorschriften zu ersetzen. Zudem soll eine neue Richtlinie für Menschen mit Laktoseintoleranz erarbeitet werden.

- [Bericht des Parlaments über die Verordnung über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder](#) 

Parlament fordert weniger Bürokratie in der Freiwilligentätigkeit

Das Parlament hat in einem Bericht des Abgeordneten Marco Scurria Maßnahmen vorgeschlagen, um mehr Menschen ein Freiwilligenjahr zu ermöglichen. So würden viele junge Europäer/innen aufgrund von bürokratischen Hindernissen und/oder Sprachbarrieren vor der Aufnahme einer grenzübergreifenden Freiwilligentätigkeit zurückschrecken. Um die Freiwilligentätigkeit zu fördern, schlägt das Parlament u.a. die Einführung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe und eines Europäischen Qualifikationspasses vor. Mit dem Qualifikationspass sollen durch Freiwilligentätigkeit gewonnene Fähigkeiten offiziell anerkannt werden. Das Europäische Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe könnte dazu dienen, Freiwillige gezielt für bestimmte Projekte auszubilden und an lokale Organisationen zu vermitteln.

- [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments zum Europäischen Freiwilligendienst](#)

Parlament fordert einen EU-Beauftragten für Menschenrechte

Das Parlament hat wiederholt in einem Empfehlungsschreiben an den Rat die Einführung eines EU-Beauftragten für Menschenrechte gefordert, um Europas Menschenrechtspolitik effektiver zu machen und mehr Aufmerksamkeit zu erhalten. Das Mandat des Sonderbeauftragten solle auf zweieinhalb Jahre angelegt sein und verlängert werden können. Aufgaben wären u.a. die Stärkung der Demokratie und des humanitären Völkerrechts, der Kampf gegen die Todesstrafe, für Meinungsfreiheit, Chancengleichheit von Männern und Frauen und der Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten. Der Beauftragte stünde in Kontakt mit Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen, würde Menschenrechtsdialoge leiten und Gespräche mit Nicht-EU-Staaten über Menschenrechtsthemen führen.

- [Pressemitteilung des Parlaments zur Forderung der Einführung eines EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte](#)

Konferenz der Sozialdemokratischen Fraktion des EP über Jugendarbeitslosigkeit

Am 6. und 7. Juni fand eine Konferenz der Sozialdemokratischen Fraktion zur Jugendarbeitslosigkeit statt. Im Rahmen der Konferenz diskutierten ca. 250 Jugendliche aus der EU mit den EU-Kommissaren László Andor (Kommissar für Beschäftigung) und Maroš Šefčovič (Kommissar für institutionelle Beziehungen) sowie weiteren Vertreter/innen aus Politik und Wirtschaft über qualitative Arbeitsplätze, faire Praktika und gleiche Rechte. Zum Abschluss der Konferenz richteten die Teilnehmer/innen einen 15 Punkte umfassenden Appell an die Staats- und Regierungschefs und an die Kommission, in der sie eine Europäische Jugendgarantie sowie die Umsetzung der Charta für hochwertige Praktika und Lehrausbildungen und eine Europäische Bürgerinitiative fordern.

- [Blog der Sozialdemokratischen Fraktion zur Konferenz über Jugendarbeitslosigkeit \(englisch\)](#)
- [Appell der Jugendlichen an die Staats- und Regierungschef und an die Kommission \(englisch\)](#) 

Parlament und Rat wollen Beipackzettel verständlicher machen

Parlament und Rat haben sich auf einen gemeinsamen Text geeinigt, aus dem hervorgeht, dass Packungsbeilagen künftig verständlicher formuliert werden sollen. Der Text basiert auf der von der Kommission vorgeschlagenen Richtlinie über Patienteninformationen. Viele Patient/innen würden den Beipackzettel oft nicht lesen und ihn wegwerfen, da er ihnen zu kompliziert sei. Andere fühlten sich von den aufgelisteten Nebenwirkungen so stark abgeschreckt, dass sie das Medikament nicht nehmen würden. Um beide Fälle zu vermeiden soll auf den Beipackzetteln künftig eine kurze und für den/die Patient/innen verständliche Beschreibung mit den wesentlichen Informationen zur sicheren und wirksamen Einnahme des Medikaments stehen. Im September wird das Parlament die Gesetzesvorschläge annehmen, der Rat folgt kurz danach. Die neuen Regelungen müssen dann binnen 6 – 12 Monaten umgesetzt werden.

- [Von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie über Patienteninformationen \(englisch\)](#)

Weitere Nachrichten

Europäisches Fachgespräch zur Familienzusammenführung der AGF

Anlässlich der aktuellen europäischen Debatte führte die AGF am 22. Juni ein Fachgespräch zur Familienzusammenführung von Drittstaatsangehörigen durch. Vertreter/innen aus Politik, Wissenschaft und NGOs nahmen daran teil. Während des Gesprächs wurde insbesondere die aktuelle Diskussion reflektiert, die Ausgestaltung der Nachzugsregelungen in Deutschland, Österreich und den Niederlanden sowie ihre Auswirkung auf betroffene Familien näher betrachtet. Die Teilnehmer/innen diskutierten u.a. über vor der Einreise zu erbringende Integrationsleistungen (z.B. der Erwerb von Sprachkenntnissen), die fehlende Anerkennung der Pluralität von Familienmodellen bei Paaren und Familien und die erforderliche Anwendung der Nachzugsregelungen auf den erweiterten Familienbegriff, der über die Kernfamilie hinausgeht. Die AGF erstellt eine Dokumentation zum Gespräch.

- [Mitteilung der AGF zum Europäischen Fachgespräch zur Familienzusammenführung](#)

Caritas Europa veröffentlicht Empfehlungen zur Überwindung von Kinderarmut

Im Rahmen ihres Seminars „Tackling Child Poverty – Good Practice Shaping Policy“ am 19. Juni in Brüssel, hat Caritas Europe ihr „Ten Pack of Recommendations“ zur Bekämpfung von Kinderarmut veröffentlicht. In Europa sind derzeit mehr als 20 Millionen Kinder von Armut bedroht, daher müssten dringend Maßnahmen zur Reduktion von Kinderarmut eingeführt werden. Zu den zehn Empfehlungen zählen u.a. jährliche Zielsetzungen zur Überwindung von Kinderarmut in den Nationalen Reformprogrammen der Mitgliedstaaten.

- [„Ten Pack of Recommendations“ gegen Kinderarmut der Caritas Europa \(englisch\)](#) 

OECD veröffentlicht Bericht zur Anerkennung von Lehrer/innen

Die OECD hat im Rahmen ihrer Serie von Kurzfakten zur weltweiten Schulbildung die Publikation „Teaching in Focus“ herausgegeben, in der die Wichtigkeit der Anerkennung von Lehrer/innen analysiert wird. Lehrer/innen aus 24 Staaten haben für die Studie Informationen zu ihren Erfahrungen mit formeller Wertschätzung und Feedback gegeben und welche Auswirkung diese auf ihren Unterricht haben.

- [OECD-Veröffentlichung „Teaching in Focus“ \(englisch\)](#) 

Mehrwertsteuersätze in Europa seit 2008 gestiegen

Der aktuelle Eurostat-Bericht „Taxation trends in the European Union“ lässt erkennen, dass die durchschnittlichen Mehrwertsteuern seit 2008 ansteigen. In der Wirtschafts- und Finanzkrise haben insgesamt 16 Staaten ihre Mehrwertsteuer angehoben, um Defizite im Staatshaushalt auszugleichen. Damit ist weiterhin der Trend zu erkennen, den Staatshaushalt zunehmend mit indirekten (Verbrauchs)steuern und weniger mit direkten Steuern zu erlangen.



- [Pressemitteilung von Eurostat zu gestiegenen Mehrwertsteuersätzen in Europa](#)
- [Bericht „Taxation trends in the European Union“ \(englisch\)](#) 
- [Website für einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Kinder](#)

Vereinte Nationen: Babyklappen verstoßen gegen Kinderrechte

Das UN-Komitee für Kinderrechte, bestehend aus einer Gruppe von 18 internationalen Menschenrechtsexperten, warnt davor, dass Babyklappen gegen Schlüsselbereiche der UN-Kinderrechtskonvention verstoßen. Dies betrifft das Recht zur Kenntnis über und Versorgung durch die leiblichen Eltern. Im letzten Jahrzehnt wurden über 200 Babyklappen in Europa aufgestellt, in denen Eltern ihre ungewollten Säuglinge geheim und anonym abgeben können. Seit dem Jahr 2000 wurde europaweit für mehr als 400 Säuglinge davon Gebrauch gemacht.

European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) veröffentlicht Berichte zu Rechten von Menschen mit Behinderungen

In zwei Berichten der European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) werden die Erfahrungen von Exklusion und Diskriminierung von Menschen mit geistigen Behinderungen oder mentalen Gesundheitsproblemen erfasst, die trotz der Ratifizierung der UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen weiter bestehen. Die Berichte betonen die Notwendigkeit, von einem institutionellem zu einem gesellschaftsbasierten Lebensarrangement überzugehen und Gesetze und Politiken neu zu formulieren, um sie inklusiver zu machen.

- [Pressemitteilung der FRA zu Rechten von Menschen mit Behinderungen in der Praxis \(englisch\)](#)
- [Bericht „Choice and control: the right to independent living“ \(englisch\)](#) 
- [Bericht „Involuntary placement & treatment of persons with mental health problems“ \(englisch\)](#) 

Europäischer Gerichtshof entscheidet im Fall von Kindergeld für Wanderarbeitnehmer/innen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat ein Urteil zur Auslegung der Verordnung zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Wanderarbeitnehmer/innen in zwei Fragestellungen gefällt. Dabei entschied er, dass ein nicht zuständiger Staat Wanderarbeitnehmer/innen Leistungen für deren Kinder nicht deswegen verwehren darf, weil diese ihre Ansprüche auf gleichartige Familienleistungen im zuständigen Mitgliedstaat behalten und die Familien nicht ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Aufnahmeland haben. Für Deutschland wurde festgestellt, dass Deutschland unbeschränkt einkommenssteuerpflichtigen Wanderarbeitnehmer/innen die Zahlung von Kindergeld nicht mit der Begründung verwehren dürfe, dass diese solch eine Leistung im Heimatland erhalten. Der betreffende §65 des Einkommensteuergesetzes verstoße gegen die Freizügigkeitsregeln.

- [Pressemitteilung des EuGH zum Urteil über Kindergeld für Wanderarbeitnehmer/innen](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- European Map of Intergenerational Learning-Netzwerk: Konferenz [“Generations Ageing Together”](#) (9. – 11. Juli, Staffordshire)
- Glasgow Caledonian University und BHF National Centre: Kongress [“8th World Congress on Active Aging”](#) (13. – 17. August 2012, Glasgow)
- COFACE: Workshop [“Family friendly regions – towards smart and sustainable growth”](#) (9. Oktober, Brüssel)
- Netherlands Youth Institute (NYI) und die Universität Amsterdam: Europäische Konferenz [„Think Parents!”](#) (10. – 12. Oktober, Den Haag)
- International Foster Care Organization (IFCO): Konferenz [“It Takes a Village to Raise a Child – Developing Foster Care in Transforming Societies”](#) (21. – 24. Oktober 2012, Sofia)
- Eurochild: Jahreskonferenz 2012 [“Promoting the rights of children in alternative care across Europe”](#) (24. – 26. Oktober 2012, Sofia)
- UNESCO: Internationale Konferenz [“Millenia 2015, An Action Plan for Women’s Empowerment”](#) (3. – 4. Dezember 2012, Paris)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).